

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 09.Oktober 2026

Sandra Redmann

Anbindehaltung beenden – Kommen Sie in die Hufe!

TOP 29: Tierschutz stärken – Anbindehaltung von Rindern in Schleswig-Holstein beenden und bundesweit abschaffen (Drs. 20/4908)

Bewegung gehört zum Leben einer Kuh. Den Liegeplatz wechseln, Kontakt zu anderen Tieren aufnehmen, das sind grundlegende Bedürfnisse.

Und trotzdem halten wir noch immer Rinder angebunden an einem festen Platz im Stall. Sie können ihren Aufenthaltsort nicht selbst wählen und ihr natürliches Verhalten nur sehr eingeschränkt ausleben.

Für diese Tiere ist die Einschränkung kein vorübergehender Moment. Sie bestimmt ihren Alltag.

Ich finde, es ist höchste Zeit, dass wir diesen Widerspruch auflösen

Deshalb beantragen wir einen verbindlichen, schrittweisen Ausstieg, aus allen Formen der Anbindehaltung in Schleswig-Holstein und zugleich eine Bundesratsinitiative für ihre bundesweite Abschaffung.

Das Handlungsbedarf besteht, bestätigt die Landesregierung selbst in einer Kleinen Anfrage, die wir hierzu gestellt haben: Anbindehaltung schränkt artgerechte Verhaltensweisen ein und kann zu Schmerzen, Leiden und Schäden führen.

Auch der Deutsche Tierschutzbund macht deutlich, dass die Einschränkungen nicht alleine das Verhalten der Tiere verändern, sondern ganz massiv auch ihre Gesundheit.

Wir wissen also, was diese Haltung für die Tiere bedeutet. Dieses Wissen muss Konsequenzen haben.

Tierschutz bedeutet, die Bedürfnisse der Tiere zum Maßstab unseres Handelns zu machen, gerade dort, wo sie selbst nichts an ihrer Haltung ändern können.

Die Landesregierung verweist darauf, dass die nationalen und europäischen Regelungen geändert werden müssen. Ansonsten erwartet sie, dass die Zahl der Betriebe mit Anbindehaltung auch gerade bei uns weiter abnimmt.

Eine Erwartung ersetzt keinen Ausstiegsplan.

Die Landesregierung nennt auf Grundlage der Milchleistungsprüfung 48 Betriebe und 1749 Kühe. Angaben zu Mastrindern fehlen ebenso wie die Unterscheidung der Haltungsformen. Auch werden nicht sämtliche Kühe im Land erfasst.

Aber selbst bei vergleichsweise wenigen Tieren, seit wann hängt ihr Schutz davon ab, wie viele andere dasselbe Schicksal teilen?

Das Leiden einer Kuh wird doch nicht kleiner, weil neben ihr weniger andere angebunden stehen

Bei dieser Zahl von Betrieben können wir gezielt hinschauen. Was steht einer Umstellung im Weg und welche Unterstützung wird gebraucht?

Dass die Anbindehaltung zurückgeht, ist eine gute Entwicklung. Ein verbindlicher Ausstiegsplan sorgt dafür, dass am Ende alle Tiere davon profitieren - und am Ende auch die Landwirte.

Niedersachsen zeigt, wie das geht. Dort haben Landwirtschaft, Wissenschaft und Tierschutz gemeinsam einen Ausstiegplan erarbeitet.

Für ganzjährige Anbindehaltung ohne Auslauf gilt eine Übergangsfrist von 18 Monaten. Bei zeitweiser Anbindehaltung gelten längere, nach Umstellung oder Aufgabe differenzierte Fristen.

Entscheidend ist, es gibt ein verbindliches Ende, Beratung und Fördermöglichkeiten.

Diesen Weg sollten wir aufgreifen und an Schleswig-Holstein anpassen.

Viele Landwirtinnen und Landwirte haben schon in bessere Haltungsbedingungen investiert.

Natürlich kostet ein Stallumbau Geld. Deshalb brauchen die Betriebe angemessene Übergangsfristen, Planungssicherheit und Unterstützung.

Aber eine Übergangsfrist braucht ein Ende. Sonst wird aus dem Übergang eine Dauereinrichtung.

Auch Weidegang im Sommer rechtfertigt nicht, Tiere während der übrigen Monate weitgehend zu fixieren. Ihr Bedürfnis nach Bewegung bleibt auch im Winter bestehen.

Pro Vieh klärt mit der Kampagne „Kette weg - Anbindehaltung beenden!“ über diese Haltung auf und fordert ihre vollständige Abschaffung. Für dieses beharrliche Engagement möchte ich mich im Namen der SPD Landtagsfraktion ausdrücklich bedanken.

Liebe Kollegen und Kollegen, die Anbindehaltung betrifft bundesweit rund eine Million Rinder, knapp die Hälfte davon sind Milchkühe.

Wir brauchen daher eine bundesweite Regelung. Genau dafür fordern wir eine Bundesratsinitiative.

Gleiche Bedingungen sind ein Auftrag, den Tierschutz überall zu verbessern. Sie sind aber kein Grund, hier weiter abzuwarten.

Ein eigener Ausstieg und eine Bundesratsinitiative ergänzen sich.

Tiere müssen ihre Haltung ertragen. Das verpflichtet uns, unserer Verantwortung gerecht zu werden und zu verändern, was wir verändern können